

Vorlage Nr. I/256/2014  
für den Magistrat

Anzahl Anlagen: 0

## **Aufgabenüberprüfung in der Verwaltung; hier: Prüfung der Verlagerung von Aufgaben des Wirtschaftsbetriebs Seestadt zur STÄWOG**

### **A Problem**

In der *Vereinbarung zur Zusammenarbeit – Koalition – zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen in der 18. Wahlperiode der Seestadt Bremerhaven 2011 – 2015* wird die Magistratskanzlei beauftragt, „durch eine möglichst flächendeckende Aufgabenüberprüfung der Verwaltung Einsparpotentiale zu identifizieren und dem Magistrat sowie dem Personal- und Organisationsausschuss regelmäßig hierüber zu berichten“.

Mit Beschluss vom 30. November 2011 hat der Magistrat zur Begleitung dieses Prozesses einen Projektstab eingerichtet, der unter anderem die Vorschläge der Magistratskanzlei aus der verwaltungsweiten Aufgabenüberprüfung vor einer Gremienbefassung (Magistrat, Personal- und Organisationsausschuss) bewerten und deren Umsetzung konkret festlegen soll.

Angesichts zum Teil deckungsgleicher Aufgabenwahrnehmungen durch die Städtische Wohnungsgesellschaft Bremerhaven mbH (STÄWOG) und den Wirtschaftsbetrieb Seestadt Immobilien hat der Projektstab in seiner Sitzung am 29.09.2014 beschlossen, dass die Möglichkeiten der Verlagerung von Aufgaben des Wirtschaftsbetriebes Seestadt Immobilien zur STÄWOG durch eine Projektgruppe ausgearbeitet und damit verbundene Synergien dargestellt werden sollen.

### **B Lösung**

Der o.g. Prüfauftrag soll einer Projektgruppe übertragen werden, die aus Vertretern/Vertreterinnen der Magistratskanzlei (Federführung), der Stadtkämmerei und des Wirtschaftsbetriebs Seestadt Immobilien besteht. Der Magistrat als unmittelbarer Gesellschafter der STÄWOG bittet die Geschäftsführung, sich ebenfalls mit Vertretern/Vertreterinnen an der Projektgruppe zu beteiligen. Den zuständigen Vertretern/Vertreterinnen des Personalsrats, der Frauenbeauftragten und der Schwerbehindertenvertretung wird die Möglichkeit eingeräumt, sich an der Projektgruppenarbeit zu beteiligen.

### **C Alternativen**

Keine, die empfohlen werden kann

### **D Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen**

Zunächst keine. Genderrelevante Aspekte sind in diesem Stadium nicht verifizierbar.

### **E Beteiligung / Abstimmung**

Die Beteiligung der zuständigen Mitbestimmungsgremien wird kurzfristig eingeleitet.

## **F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG**

Nicht geeignet / Eine Veröffentlichung nach dem BremIFG wird gewährleistet

## **G Beschlussvorschlag**

Der Magistrat beschließt die Einrichtung einer Projektgruppe mit dem Auftrag, die Möglichkeiten der Verlagerung von Aufgaben des Wirtschaftsbetriebes Seestadt Immobilien zur STÄWOG auszuarbeiten und damit verbundene Synergien darzustellen. Ein erster Zwischenbericht wird im II. Quartal 2015 erwartet.

Die Projektgruppe besteht aus Vertretern/Vertreterinnen der Magistratskanzlei (Federführung), der Stadtkämmerei und des Wirtschaftsbetriebs Seestadt Immobilien. Der Magistrat als unmittelbarer Gesellschafter der STÄWOG bittet die Geschäftsführung, sich ebenfalls mit Vertretern/Vertreterinnen an der Projektgruppe zu beteiligen. Den zuständigen Vertretern/Vertreterinnen des Personalrats, der Frauenbeauftragten und der Schwerbehindertenvertretung wird die Möglichkeit eingeräumt, sich an der Projektgruppenarbeit zu beteiligen.

Grantz  
Oberbürgermeister